

Die Zweifel stauen sich

Gegen allfällige Schweizer Hilfe für türkisches Staudammprojekt grosse Vorbehalte auch in der Bundesverwaltung

Das Staatssekretariat für Wirtschaft prüft im August vor Ort die Kritik am umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt. Das sonst wirtschaftsfreundliche Amt hat Bedenken gegen eine Exportrisikogarantie für beteiligte Schweizer Firmen. Was macht der Bundesrat?

Am letzten Samstag hat der türkische Regierungschef Erdogan in Südostanatolien demonstrativ den Grundstein für den umstrittenen Ilisu-Staudamm gelegt. Damit steigt der Entscheidungsdruck im Bundeshaus in Bern. Denn mit dem Bau des gigantischen Stauwerks ist ein Konsortium beauftragt, dem auch vier Schweizer Firmen angehören (siehe Kasten). Zur Finanzierung verlangen sie vom Bundesrat eine Exportrisikogarantie.

Neu in Inland & Ausland:

Das Begehren bereitet in der Bundesverwaltung Kopfzerbrechen. Wird der Damm gebaut, müssen schätzungsweise 55 000 Menschen umgesiedelt werden. Unzählige kulturelle Güter versinken in den Fluten. Der Stausee selbst könnte sich innert Kürze in eine Kloake verwandeln, falls keine Kläranlagen gebaut werden, welche die Abwässer der umliegenden Städte reinigen.

Vor allem die Umsiedlung lässt das federführende Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zweifeln. Vertreter der Lokalbevölkerung kritisieren, die Frage der Entschädigung sei nach wie vor ungeklärt: Werden nur die enteigneten Grossgrundbesitzer entschädigt oder auch die zahlreichen Kleinpächter und Feldarbeiter? Was bekommen die Gewerbetreibenden, die zwar kein Land, aber ihre Existenzgrundlage verlieren? Wohin sollen die Leute überhaupt ziehen? In die schon jetzt unter Zuwanderungsdruck ächzenden Städte in der Umgebung?

Bei einem Besuch in der Schweiz hatten im Mai Gemeindevertreter aus Südostanatolien den Bundesrat aufgefordert, die Exportrisikogarantie zu verweigern. Seither hat die Bundesverwaltung die türkischen Behörden und das Baukonsortium noch einmal mit den Einwänden konfrontiert und um Klärung ersucht. In der zweiten Augushälfte reisen Schweizer Beamte zusammen mit Kollegen aus Deutschland und Österreich in die Türkei, um vor Ort die Argumente für und gegen den Staudamm zu prüfen. Die beiden Nachbarländer der Schweiz müssen ebenfalls über eine Exportrisikogarantie befinden. «Von dieser Reise hängt viel ab», sagt eine Seco-Mitarbeiterin.

Unbefriedigende Antworten

Die Antworten der Türkei auf die drängendsten Fragen finden sich auf der Internetseite des Baukonsortiums. Die Entwicklungsorganisation Erklärung von Bern ist damit nicht zufrieden: In vielen heiklen Punkten bestehe weiterhin keine Klarheit, sagt Christine Eberlein.

Auch im Seco sind dem Vernehmen nach die Vorbehalte immer noch gross. Es ist nicht ausgeschlossen, dass am Schluss das Amt dem Bundesrat empfiehlt, die Exportrisikogarantie zu verweigern. Eine weichere Variante wäre eine Bewilligung nur unter Auflagen. Der Bundesrat wird möglicherweise Ende September entscheiden.

Was macht der Bundesrat?

In früheren Fällen umstrittener Exportrisikogarantien hat der Bundesrat meist wirtschaftliche Interessen stärker gewichtet als soziale und ökologische Bedenken. Diesmal ist die Zahl der Kritiker aber gross und breit gestreut und das Fettnapf-Potenzial beträchtlich. Der Bundesrat wird deshalb wahrscheinlich nach Deutschland und Österreich schießen, um sich nicht mit einer abweichenden Haltung zu exponieren.

Laut Kennern des Dossiers tendiert Deutschland gegenwärtig dazu, die Exportrisikogarantie abzulehnen oder wenigstens an weitere Auflagen zu knüpfen. In Österreich ist verwaltungsintern ein heftiges Ringen im Gang. Denn das Auftragsvolumen der österreichischen Firmen ist weit grösser als jenes der Bauunternehmen aus der Schweiz und Deutschland.

Ilisu-Staudamm

Gigantisches Vorhaben

Das umstrittene Ilisu-Staudammprojekt am Fluss Tigris ist Teil der gross angelegten wirtschaftlichen Umgestaltung Südostanatoliens. Insgesamt sind an Euphrat und Tigris rund zwanzig Staudämme und Kraftwerke geplant.

Erstes Ja des Bundesrats

1998 hatte der Bundesrat den ursprünglich am Projekt beteiligten Schweizer Firmen – ABB und Hydro Sulzer – grundsätzlich eine Exportrisikogarantie im Umfang von 470 Millionen Franken gewährt.

Ausstieg der Grossbank UBS

Die Garantie wurde wegen schleppenden Projektverlaufs auf Eis gelegt. 2002 entschied sich die UBS, aus dem Projekt auszusteigen. Einer der Gründe: ungenügende Massnahmen zur Eindämmung sozialer und ökologischer Folgen.

Neues Gesuch liegt vor

Inzwischen liegt das Staudammprojekt neu auf. Diesmal beantragen die Schweizer Firmen Alstom, Maggia, Stucki und Colenco eine Exportrisikogarantie. Der Bundesrat entscheidet im Herbst. (mul)

Der Bund, Patrick Feuz [10.08.06]